

5. Der »Kongreß für kulturelle Freiheit« in Berlin

Der in Westberlin vom 26. bis 30. Juni 1950 veranstaltete internationale »Kongreß für kulturelle Freiheit« war eine Reaktion der westlichen Welt auf die kommunistische Weltfriedensbewegung. Mit der unter der Führung von amerikanischen Regierungsstellen neu geschaffenen Organisation sollte eine antikomunistische Dauerkampagne institutionalisiert werden. Der Sowjetunion war es nämlich besonders seit 1948/49 immer mehr gelungen, die Friedensthematik für die kommunistische Propaganda zu nutzen. Unter anderem mit einer Serie von kleinen und größeren Konferenzen bzw. Kongressen hatten sie es erreicht, die Friedensthematik im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. In der Tradition der Agitations- und Propagandamethoden des Münzenberg-Apparates stehend, wurden hierbei unter der Ägide der Kominform vor allem westliche Intellektuelle als »fellow travellers« eingebunden. So entstand ein breit gestreutes Bündnis von Anhängern der Sowjetunion, das von Parteigängern des Kommunismus bis zu Vertretern aus der Kirche und dem bürgerlich-humanistischen Lager reichte. Nach Auffassung vieler Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler galt die Sowjetunion unter Stalin als Hüterin des Weltfriedens, obwohl sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein imperialistisches System in Osteuropa errichtet hatte. Der Sowjetunion war es angesichts der tief sitzenden Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der zeitgenössischen Drohung einer atomaren Vernichtung gelungen, sich an die Spitze einer von Millionen von Menschen getragenen weltweiten Friedensbewegung zu stellen, ohne dass die Infiltrierung und diskrete Steuerung ebendieser Massenbewegung durch die Stalinisten den Beteiligten unmittelbar einsichtig wurde. Das galt insbesondere für Frankreich mit seiner überaus einflussreichen kommunistischen Partei, wo es die Sowjetunion vor dem Hintergrund der schdanowschen Zweiweltentheorie schaffte, die Friedensthematik mit dem tief sitzenden antiamerikanischen Ressentiment zu verbinden. Auf der anderen Seite waren die Vereinigten Staaten nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki mit dem Makel behaftet, auf eine Politik der Hochrüstung und der Stärke zu setzen, die angesichts von einflussreichen amerikanischen Stimmen, im Kalten Krieg eine umfassende aggressive antisowjetische Politik einzuschlagen, neue Nahrung bekam.³¹⁷ Daraus folgte für die Situation Ende der 1940er-Jahre, dass sich die Vereinigten Staaten vor allem ideologisch offensichtlich in der Defensive befanden, was nicht zuletzt durch die kommunistische Weltfriedensbewegung verursacht wurde.

Seit März 1949 nahm die Idee für den internationalen »Kongreß für kulturelle Freiheit« in Berlin langsam Gestalt an. Konkreter Anlass war die in direkter Fortsetzung des Breslauer Friedenskongresses (August 1948) stehende »Cultural and Scientific Conference for World Peace« in New York. Der Ende März 1949 stattgefundene Kongress war ein »heimliches« Vorhaben der Kominform, der sich gegen die bevorstehende Gründung der NATO wandte und als zentrales Thema die kulturelle Freiheit in den Mittelpunkt rückte. Die Redner, unter denen sich auch der ehemalige amerikanische Vizepräsident und »fellow-traveller« Henry Wallace befand, gingen hierbei allerdings nicht auf die totalitäre Praxis des sowjetischen Staates ein, denen Wissenschaftler,

317 Vgl. für diese politische Konzeption bes. James Burnham, *The Struggle for the World*, New York 1947 sowie ders., *The Coming Defeat of Communism*, New York 1950 (dt. Ausg.: *Die Strategie des Kalten Krieges*, Stuttgart 1950).

Künstler und Schriftsteller unter Stalin ausgesetzt waren. Als Reaktion auf diesen prosovjatischen Friedenskongress im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel, an dessen Schlusssitzung rund 20 000 Menschen teilnahmen,³¹⁸ gruppierte sich bereits im Vorfeld eine antikommunistische Gegenorganisation um den amerikanischen Philosophen Sidney Hook. Der ehemalige Trotzkiist konnte dabei auf ein bereits existierendes Netzwerk von Intellektuellen aus dem Committee for Cultural Freedom zurückgreifen, mit dem er zehn Jahre zuvor im Namen der »westlichen Freiheit« nicht zuletzt seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und Stalinismus öffentlich propagierte.³¹⁹ Im neu gegründeten antikommunistischen Komitee »Americans for Intellectual Freedom« versammelten sich neben Hook beispielsweise Mary McCarthy, Nicolas Nabokov, Dwight Macdonald, James T. Farrell, Arthur M. Schlesinger jr. und Bertram D. Wolfe, um eine Protestdemonstration und eine Pressekonferenz gegen den kommunistisch inspirierten »Friedenskongress« öffentlichkeitswirksam durchzuführen.³²⁰

Unter den Anwesenden der antikommunistischen Aktionen befanden sich auch Lasky und Josselson, der zu diesem Zeitpunkt bereits CIA-Agent war.³²¹ Wer auch immer in diesen Tagen auf die konkrete Idee kam, den »Kongress für kulturelle Freiheit« in Berlin zu veranstalten, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Gleichwohl wurden wahrscheinlich anlässlich der Ereignisse in New York erste Pläne für einen »vergleichbaren Kulturkongress in Berlin« geschmiedet.³²²

Nachdem es auch in Paris am 30. April 1949 zu einer Gegenveranstaltung zu dem an gleicher Stelle ausgetragenen »Weltfriedenskongress« gekommen war, die vor allem von der »Americans for Intellectual Freedom« und seinem Spiritus Rector Hook sowie dem Exponenten der unabhängigen französischen Linken David Rousset (ehemaliger Trotzkiist und Häftling im nationalsozialistischen KZ Buchenwald sowie Autor des in Paris 1946 erschienenen Buches *L'univers concentrationnaire*)³²³ organisiert wurde und nicht zuletzt europäische und amerikanische antikommunistische Intellektuelle zusammenbrachte,³²⁴ wurden die Pläne für den Berliner Kongress immer konkreter. Aus der Sicht der Amerikaner hatte sich nämlich die Pariser Gegenkonferenz als Fehlschlag erwiesen, weil sie selber vom »Neutralismusvirus« infiziert war und insbesondere der antiamerikanistischen Propaganda des Weltfriedenskongresses wenig entgegenzusetzen hatte.³²⁵

Vor diesem Hintergrund traf sich Lasky im August 1949 in Frankfurt a. M. mit den beiden ehemaligen Kommunisten Franz Borkenau und Ruth Fischer, um unter »ausdrücklichem Rückgriff« auf das »fellow-traveller«-Konzept Münzenbergs den Plan

318 Wolfgang Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Band I–IV, Hamburg 1996, Bd. I: 1949–1952, S. 49.

319 Siehe hierzu die Ausführungen in Kap. I.13.

320 Siehe Saunders, Wer die Zeche zahlt ..., S. 54–63; Coleman, The Liberal Conspiracy, S. 5 f; Kunkat, Sidney Hook, S. 233–237.

321 Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 218.

322 Ebd., S. 218.

323 Siehe zu David Rousset mit näheren Angaben zur Person und seiner zentralen Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, der Kommunistischen Partei Frankreichs und führenden Intellektuellen Frankreichs vor allem das Kap. III.

324 Siehe im Einzelnen Coleman, The Liberal Conspiracy, S. 6 f.

325 Vgl. Saunders, Wer die Zeche zahlt ..., S. 75.

für einen Kongress zu besprechen, der sich in erster Linie an die »nichtkommunistische, intellektuelle Linke« richten sollte.³²⁶

Von diesem Zeitpunkt an liefen die konkreten Planungen für den »Kongreß für kulturelle Freiheit« in Berlin auf Hochtouren. Hierbei spielte auch der ehemalige Mitarbeiter des »Münzenberg-Apparates« Arthur Koestler eine zentrale Rolle.³²⁷ Gleichwohl waren in der unmittelbaren Vorbereitungsphase eine Vielzahl von Personen und hochrangigen Intellektuellen aus Europa und den Vereinigten Staaten sowie unterschiedliche Institutionen an den Planungen beteiligt, die unter anderem die CIA, das State Departement und die Americans for Democratic Action (ADA), eine Organisation linksliberal-reformistischer Antikommunisten in der amerikanischen Demokratischen Partei, einschloss. Der tatsächliche organisatorische Aufwand für den Kongress lag hierbei indes in den Händen der Redaktion des *Monat* sowie einem »deutschen Vorbereitungskomitee« im Allgemeinen und dem »Berliner Organisationskomitee« im Besonderen, in dem neben Lasky der regierende Bürgermeister Ernst Reuter, der Direktor der Hochschule für Politik Otto Suhr und der Rektor der Freien Universität Edwin Redslob beteiligt waren; gleichzeitig war hierdurch die Verbindung zur (Berliner) Sozialdemokratie hergestellt.³²⁸

Unmittelbar vor Beginn des Berliner Kongresses stand für die Organisatoren um Lasky fest, dass dieser einerseits als »Gegenoffensive zu den Friedenspartisanen« gedacht war und andererseits die Ostblockstaaten mit dem »Freiheits- und Kulturbegriff westlicher Demokratien« in Berührung bringen sollte. Beabsichtigt war, so Hochgeschwender, »eine möglichst breite Koalition von Intellektuellen, geistig interessierten Politikern und Publizisten als ›opinion leader‹ einer konsensual bestimmten Westlichkeit zusammenzubringen. Davon versprach sich Lasky zusätzlich einen dynamischen Effekt zugunsten antitotalitärer Strömungen im Westen [...]«.³²⁹

Der mit amerikanischen Geldern finanzierte internationale Berliner »Kongreß für kulturelle Freiheit« wurde also als ein Instrument angesehen, mit dem aktive antikommunistische Propaganda betrieben werden sollte. Im Vordergrund stand unter anderem, den Philosphjetismus und die Friedenssehnsucht vieler europäischer Intellektueller zu bekämpfen und ausdrücklich vor den Gefahren einer neutralistischen Politik zu warnen. Gleichzeitig ging es um die Verteidigung der kulturellen Freiheit gegenüber dem sogenannten Totalitarismus bzw. um die Thematisierung der Unterdrückung von Literaten und Intellektuellen in totalitären Systemen. Eine deutschlandspezifische Note besaß der Kongress zudem durch die Tatsache, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die durch den Nationalsozialismus diskreditierte »deutsche Kultur« wieder in die westliche Zivilisation eingebunden werden sollte und insofern hatte er eine »Reorientation-Funktion«.

326 Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 220.

327 So Koestler in: Arthur und Cynthia Koestler, *Auf fremden Plätzen. Bericht über die gemeinsame Zeit, Wien/ München/ Zürich 1984*, S. 105. Vgl. hierzu und zum Berliner Kongress insgesamt Stephan Lahrem, »Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen!« *Die Berlin-Tagebücher von Arthur und Mainie Koestler über den Kongreß für kulturelle Freiheit*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Nr. 17 (2005), S. 57–78.

328 Siehe im Einzelnen Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 220–225.

329 Ebd., S. 225.

Vor diesem Hintergrund stellte der Kongress eine sowohl ungewöhnliche als auch einzigartige Veranstaltung dar. Insgesamt trafen in Berlin 118 Teilnehmer zusammen,³³⁰ bei denen es sich um Politiker, Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler und Künstler handelte, die sich dem westlich-demokratischen System verbunden fühlten und politisch überwiegend aus dem sozialistischen, sozialdemokratischen und links-liberalen Lager kamen. Als politischer Kitt fungierte in dieser heterogenen Gruppe von Intellektuellen der Antikommunismus. Die große Mehrheit der Teilnehmer kam aus den westeuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten,³³¹ wobei allerdings auch einzelne Vertreter aus Lateinamerika, Indien und der Türkei anwesend waren. Die größte Fraktion unter den Delegierten stellten die Westdeutschen, und hierbei handelte es sich in einigen Fällen um Emigranten wie zum Beispiel Hermann Kesten, Golo Mann, Walter Mehring, Norbert Mühlen und Franz L. Neumann. Für den französischen Historiker und Politologen Pierre Grémion können die Kongressteilnehmer anhand folgender vier Kategorien aufgeschlüsselt werden:³³² erstens die den Kongress dominierenden Exkommunisten (wie zum Beispiel die drei Mitorganisatoren Ernst Reuter, Arthur Koestler und Ignazio Silone sowie Franz Borkenau, Sidney Hook, Margarete Buber-Neumann, Richard Löwenthal, James Burnham, Elinor Lipper, Theodor Plivier, Charles Plisnier und François Bondy); zweitens Vertreter der nichtkommunistischen Antifaschisten und ehemaligen Widerstandskämpfer (zum Beispiel der Italiener Altiero Spinelli und der Franzose Henri Frénay). Zur dritten und vierten Kategorie zählt Grémion die Vertreter der europäischen Einigungsbewegung (zum Beispiel Eugen Kogon, den Schweizer Denis de Rougemont und den Holländer Hendryck Brugmans) und intellektuelle Emigranten aus den Ostblockstaaten (zum Beispiel aus Polen Józef Czapski und einer der Gründer der Exilzeitschrift *Kultura*, Jerzy Giedroyc).

Mit der Teilnahme dieser Personengruppe und weiterer berühmter Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Karl Jaspers oder des Sozialdemokraten Carlo Schmid, griffen die Organisatoren ausdrücklich auf das »Münzenberg-Konzept« zurück. Von ihnen erhoffte man sich, dass sie eine Anziehungskraft besitzen, um neue Anhänger zu gewinnen und Intellektuelle, die Sympathien für die Sowjetunion unter Stalin hatten, auf die »westliche Seite« hinüberzuziehen. Gleichzeitig sollte mit ihnen nicht zuletzt eine möglichst große internationale Öffentlichkeit erreicht werden. Insofern war es auch nicht verwunderlich, dass beispielsweise bei der Eröffnungsveranstaltung im Titania-Palast am 26. Juni neben den 118 Teilnehmern unter den 1 800 geladenen Gästen auch zahlreiche Pressevertreter saßen. Sie hatten die Funktion, aus dem Berliner Kongress ein »mediales Großereignis« zu machen, um der umfangreichen publizisti-

330 Die Zahl nach der Teilnehmerliste in: Der Monat 2 (1950), H. 22/23, S. 476 f. Bei dem Doppelheft handelt es sich um eine ziemlich genaue Dokumentation des gesamten Berliner Kongresses für kulturelle Freiheit.

331 Die Teilnehmer aus den Vereinigten Staaten setzten sich u. a. aus den zum Teil bereits genannten Vertretern der »New York Intellectuals«, der »Americans for Intellectual Freedom« und der ADA zusammen, wie zum Beispiel James Burnham, Elliot Cohen, Christopher Emmet, James T. Farrell, Sidney Hook, Sol Levitas, Nicolas Nabokov, Arthur M. Schlesinger jr. und David C. Williams. Zu diesem Kreis gehörte auch Irving Brown von der »American Federation of Labour« (AFL), der als europäischer Repräsentant des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes fungierte.

332 Grémion, *Intelligence de l'Anticommunisme*, S. 272.

schen stalinistischen Propagandaoffensive schlagkräftig entgegentreten und insofern sollten sie eine Multiplikatorenrolle spielen.³³³

Die öffentlichkeitswirksame Präsentation des Kongresses und die spezielle Funktion von Intellektuellen zeigte sich auch bei der Auswahl des sich bereits im Vorfeld konstituierenden Ehrenpräsidiums, bei dem propagandistisch-ideologische Gründe eine zentrale Rolle spielten. Wie beim legendären Pariser Schriftstellerkongress aus dem Jahre 1935 zeigte sich hier die Lust am »name-dropping«. Mit John Dewey, Benedetto Croce, Bertrand Russell, Karl Jaspers und Jacques Maritain übernahmen fünf bekannte Philosophen die Schirmherrschaft über den Kongress. Hierbei handelte es sich um die fünf wichtigsten zeitgenössischen philosophischen Strömungen in der westlichen Welt – des Pragmatismus, des Neuhegelianismus, der Sprachanalyse, der Existenzphilosophie und des Neuthomismus –, die somit zusammen auf einer Bühne vertreten waren. Nach Auffassung von Anne-Marie Corbin-Schuffels übertrug sich »ihr Renommee« auf den »Kongreß für kulturelle Freiheit«, so wie früher das Renommee »von Heinrich Mann und André Gide für die antifaschistische Bewegung eine bedeutende Rolle spielte. Das Ansehen unabhängiger Intellektueller verschiedener Denkrichtungen wurde, ähnlich wie damals die fellow-traveller Technik, aktiv für die Bewegung eingesetzt, um neue Anhänger, Sympathisanten und Multiplikatoren zu gewinnen.«³³⁴

Dass der Kongress in Berlin stattfand, war freilich keinesfalls dem Zufall geschuldet. Berlin war die Frontstadt des Kalten Krieges und besaß insofern eine hohe symbolische Bedeutung.³³⁵ In keiner anderen Stadt ließ sich in den Augen der Organisatoren der Gegensatz zwischen »westlicher Freiheit« und »östlichem Totalitarismus« besser zum Ausdruck bringen. Schließlich hatte die Stadt die konkrete Erfahrung mit der sowjetischen Blockade gemacht, die ohne den Widerstand der Berliner Bevölkerung und ohne die vor allem von den Vereinigten Staaten getragene alliierte Luftbrücke nicht aufgehoben worden wäre. Insofern entsprach es nur der politischen Realität, dass in den Eröffnungsreden zum Berliner Kongress Reuter von der Stadt als einem »Schauplatz einer historischen Auseinandersetzung zweier Welten«³³⁶ sprach und Silone Berlin als »Sturmzentrum der schärfsten Gegensätze«³³⁷ bezeichnete.

333 So Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 231. Mit Blick auf die westdeutschen Pressevertreter weist der Autor darauf hin, dass mit Eugen Kogon (*Frankfurter Hefte*), Dolf Sternberger (*Die Wandlung*), Hans Paeschke (*Merkur*), Rudolf Pechel (*Deutsche Rundschau*), Carl Linfert (*Der Kurier*), Harry Pross (*Ostprobleme*), Franz-Joseph Schöningh (*Süddeutsche Zeitung und Hochland*), Karl Korn (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*), Adolf Grimme (NWDR) und Fritz Eberhard (SDR) »maßgebliche deutsche Multiplikatoren« anwesend waren; zudem waren die Vertreter vom »RIAS«, vom *Tagesspiegel*, vom *Telegraf* und der *Neuen Zeitung*, die vor Ort vom Geschehens berichteten – wie zum Beispiel Friedrich Luft oder Günter Birkenfeld.

334 Anne-Marie Corbin-Schuffels, *Eine Revanche im Kalten Krieg? Agitprop im Kampf für die Freiheit der Kultur*, in: *Exilforschung. Internationales Jahrbuch 1997* (Bd. 15). Exil und Widerstand, München 1997, S. 255–268, hier S. 263.

335 Ein weiterer maßgeblicher Grund bestand freilich auch darin, dass der *Monat* in Berlin seine Redaktionsräume hatte und der Generalsekretär des Kongresses für kulturelle Freiheit, Melvin J. Lasky, von dort aus die organisatorischen Aufgaben besser erfüllen konnte.

336 *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 342

337 Ebd., S. 344.

Gleichwohl wurde der Berliner Kongress insgesamt insbesondere durch die unmittelbaren welthistorischen Ereignisse politisch aufgeladen. Denn in Anbetracht der Eskalation des Koreakrieges wurde aus dem Kalten Krieg ein »heißer«. Ein Tag vor Beginn des Kongresses, d. h. in den frühen Morgenstunden des 25. Juni 1950, überfielen nordkoreanische Truppen Südkorea, sodass alle Reden unter diesem Eindruck gehalten wurden, ihnen gewissermaßen ihre emotionale Dichte gaben und für eine aufgeheizte Atmosphäre sorgten. Das machte sich bereits unmittelbar vor seiner Eröffnung bemerkbar. Vor dem Hintergrund der grassierenden Vorstellung, dass sich Stalin auf dem Vormarsch zur Weltherrschaft befindet und der Parteivorsitzende der nordkoreanischen Kommunisten, Kim Il Sung, nichts anderes sei als ein Statthalter Moskaus, sprang Koestler zur Überraschung der Anwesenden auf die Bühne und rief in großer Erregung zur »Bildung einer internationalen Schriftstellerbrigade gleich jener im Spanischen Bürgerkrieg« auf.³³⁸

Nach den Eröffnungsreden von Reuter und Silone und weiteren Ansprachen von Lasky, Jules Romains, Sidney Hook, Alfred Weber, Haakon Lie trat Koestler ein weiteres Mal ans Mikrofon. Mit unverkennbarem Blick auf Ostberlin und das sowjetkommunistische Herrschaftssystem hob er die grundsätzliche politische Situation hervor und insistierte auf die existenziellen Gefährdungen, denen die westlichen Demokratien ausgesetzt seien:

Wir sind in diese Stadt nicht gekommen, um nach einer abstrakten Wahrheit zu suchen. Wir kamen, um ein Kampfbündnis zu schließen. Es geht hier nicht um relative Unterschiede, es geht um Leben und Tod. Und zwar aus zwei Gründen: Erstens weil die Theorie und Praxis des modernen Staates eine Bedrohung darstellt, die alle früheren Tyrannen übertrifft – und ich spreche nicht von Terror und Konzentrationslagern – insofern nämlich, als in den früheren, den sozusagen klassischen Tyrannen alles erlaubt war, was nicht verboten war, in den modernen Tyrannen jedoch alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Und dieser Unterschied geht tiefer. Wir stehen hier einer Philosophie gegenüber, die den Tod des Geistes will, nicht mehr und nicht weniger. Zweitens geht es um Leben und Tod, weil die Freiheit kein Luxus ist, über den man sich bei intellektuellen Kongressen unterhalten kann. Freiheit und Friede sind untrennbar verbunden. Wo ein Buch verbrannt wird, riecht es nach Krieg.³³⁹

Angesichts der zeitgenössischen Krise forderte Koestler mit Vehemenz die »Intellektuellen des Westens« zu einer klaren und eindeutigen Entscheidung auf, denn seiner Auffassung nach konnte es kein Ausweichen geben. Die »Tragödie vieler Intellektueller« bestand für ihn darin, dass sie gewohnt waren, nach der »Weder-noch-Methode« zu handeln, und immerfort nach »Synthesen und Kompromissen« suchten. Ebenjene Personen, die »Neutralität gegenüber der Cholera«, d. h. dem sowjetischen Totalitarismus unter Stalin, predigten, bezeichnete Koestler als die »Halbjungfrauen der Demokratie«.³⁴⁰

Koestlers Rede enthielt politischen Sprengstoff und sorgte dafür, dass die Debatten des gesamten Berliner Kongresses explizit und implizit im Zeichen einer Kontroverse

338 Hilde Spiel, *Welche Welt ist meine Welt? Erinnerungen 1946–1989*, Frankfurt a. M./Wien, S. 127.

339 *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 356.

340 Ebd.

standen, die sozusagen die inhaltliche Ausrichtung und die zahlreichen Rahmenveranstaltungen des Kongresses überlagerte. Während die Exponenten eines militanten Antikommunismus um Koestler, Borkenau³⁴¹ und Burnham³⁴² nicht zuletzt für eine radikale westliche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion plädierten und sich ausdrücklich für ein militärisches Eingreifen der US-Armee in Korea aussprachen, standen auf der anderen Seite die »Nuance-Denker« (Harry Pross) um Ignazio Silone, Peter de Mendessohn, Dolf Sternberger und Golo Mann, die eine differenziertere Position vertraten. Den schärfsten Widerspruch erfuhren die militanten Antikommunisten allerdings von den Vertretern der britischen Delegation um den bekannten positivistischen Philosophen Alfred J. Ayer und den renommierten Historiker Hugh R. Trevor-Roper, die nicht nur die Forderung nach einem militärischen Eingreifen von US-Truppen in Korea ablehnten. Viel entscheidender war, dass sie prinzipielle Einwände gegenüber dem »Radikalismus der Koestler-Gruppe« hatten, weil dieser ihrer Meinung nach die Gefahr beinhaltete, in einer Art »Totalitarismus der Freiheit« zu enden.³⁴³

Die kurz angesprochene Kontroverse kann verdeutlichen, dass der Berliner Kongress von den Organisatoren und den amerikanischen Geldgebern nicht als eine Veranstaltung geplant wurde, mit dem ausschließlich ein militanter Antikommunismus zum Ausdruck gebracht werden sollte. Das Ziel bestand vielmehr darin, eine moralische und politische Antwort auf die totalitäre Bedrohung des sowjetischen Kommunismus zu finden und in diesem Zusammenhang einen genuin liberalen intellektuellen antikomunistischen Konsens unter den Teilnehmern herzustellen. Dementsprechend vielschichtig und facettenreich waren die auf dem Berliner Kongress behandelten und diskutierten Themen, in dessen Mittelpunkt der Begriff der »Freiheit« westlich-liberaler Provenienz stand und der ausdrücklich in vier Arbeitssitzungen – »Wissenschaft und Totalitarismus«,³⁴⁴ »Kunst, Künstler und Freiheit«,³⁴⁵ »Der Bürger in einer freien

341 Siehe hierzu dessen Referat auf dem Kongress mit dem Titel *Rückkehr zu den alten Werten?*, in: Ebd., S. 411–417.

342 Siehe hierzu dessen Referat auf dem Kongress mit dem Titel *Die Rhetorik des Friedens*, in: Ebd., S. 448–455.

343 Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 238, der zudem darauf hinweist, dass Lasky, Schlesinger jr. und der britische Konservative Julian Amery eine »Vermittlerposition« einnahmen, die so aussah, dass sie sich für ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea aussprachen, allerdings die »Tonlage der Radikalen« vermieden.

344 Mit folgenden Beiträgen und Autoren: *Grundlagen freier Forschungsarbeit* von Herman J. Muller, *Über die Gedankenfreiheit* von Alfred J. Ayer und *Wahrheit, Liberalismus und Autorität* von Hugh R. Trevor-Roper; siehe: *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 357–369.

345 Mit folgenden Beiträgen und Autoren: *Der Künstler in seiner Gemeinschaft* von Herbert Read, *Von der Zweideutigkeit der Kultur* von Dolf Sternberger, *Freie oder reglementierte Kunst* von G. A. Borgese, *Die Versuchung des Intellektuellen* von Peter de Mendelssohn und *Der Künstler im totalitären Staat* von Nicolas Nabokov; siehe ebd., S. 373–389.

Gesellschaft«³⁴⁶ und »Verteidigung von Frieden und Freiheit«³⁴⁷ – sowie in einem weiteren »grundlegenden Referat« von Jaspers über die »Gefahren und Chancen der Freiheit«³⁴⁸ beleuchtet wurde. Mit anderen Worten: Insbesondere mit Blick auf den sowjetischen Totalitarismus fokussierten die Themen folgende vier Gesichtspunkte: die Opposition gegenüber der politisch-totalitären Kontrolle von Kunst und Wissenschaft, die Existenz der Konzentrations- und Zwangsarbeitslager, die politische und intellektuelle Situation in der Sowjetunion und in den europäischen Staaten, die vom »Kommunismusvirus« befallen waren, sowie die Auseinandersetzung mit dem Pazifismus und Neutralismus in Europa.

Angeichts der Existenz des stalinistischen Herrschaftssystems ging es bei dem Berliner Kongress auch darum, die besondere Verantwortung der Intellektuellen bei der Verteidigung der »freien Welt« und des demokratischen Systems hervorzuheben und der besonderen Anziehungskraft der Sowjetunion auf Intellektuelle in den westlichen Staaten entgegenzutreten, die in Moskau das Zentrum des »Weltfriedens« sahen. In diesem Zusammenhang betrachteten es die Veranstalter von zentraler Bedeutung, den bei zahlreichen Intellektuellen anzutreffenden »Virus der Neutralität« zu bekämpfen, wie es Koestler in seinen autobiografischen Erinnerungen später erklärte:

Neutralismus war in Wirklichkeit die raffinierteste Form des intellektuellen Betrugs und vielleicht die verachtenswerteste. Er zeigte eine vergebende Haltung gegenüber dem totalitären Terror, denunzierte jedoch mit unbarmherziger Gehässigkeit alle Mängel der Ungerechtigkeiten im Westen. Er setzte die Hollywood-Säuberungen von verdächtigen Roten in der Filmindustrie mit jenen Säuberungen auf die gleiche Stufe, welche die Sowjetbevölkerung dezimiert haben. Diese perverseste Haltung der Nachkriegs-Intelligenz erhielt ihre stärkste geistige und moralische Unterstützung von den diversen Friedensappellen, internationalen Kongressen und pazifistischen Bewegungen, die von den Frontorganismen der Komintern aufgezogen oder für die eigenen Zwecke ausgenutzt wurden. Durch den gleichen semantischen Taschenspielertrick, der Einparteien-Diktaturen als »Volksdemokratien« bezeichnet, wurde der »Frieden« in einen Slogan verwandelt, der wohlwollende Neutralität gegenüber Tyrannei und Terror implizierte, während jene Intellektuellen, die dagegen protestierten, als Kriegshetzer und Werkzeuge der imperialistischen Aggression gebrandmarkt wurden. Was unter diesen Umständen gebraucht wurde, war eine kraftvolle Demonstration, um die intellektuelle Atmosphäre im Westen zu reinigen. So kam es zum Projekt für den Berliner Kongreß für Kulturelle Freiheit im Juni 1950.³⁴⁹

346 Mit folgenden Beiträgen und Autoren: *Die Heilung durch den Geist* von Hendryk Brugmans, *Rückkehr zu den alten Werten?* von Franz Borkenau, *Christentum und Totalitarismus* von Christopher Hollis, *Die Bewältigung der Massendemokratie* von Eugen Kogon, *Laßt uns die Freiheit verwirklichen* von David Rousset, *Der freie Bürger in Amerika* von Elliot Cohen und *Wie können wir der Jugend helfen?* von Josef Czapski; siehe ebd., S. 407–431.

347 Mit folgenden Beiträgen und Autoren: »Das falsche Dilemma« von Arthur Koestler, »Die Freiheit und der Konflikt der Westmächte« von Richard Löwenthal, »Die Rhetorik des Friedens« von James Burnham, »Zwischen begrenztem und totalem Krieg« von Raymond Aron und »Das Wagnis der Freiheit« von Barbara Ward; siehe ebd., S. 436–463.

348 Siehe ebd., S. 396–406.

349 Arthur und Cynthia Koestler, *Auf fremden Plätzen*, S. 103 f.

Auch wenn der Berliner Kongress primär antikommunistisch ausgerichtet war, erklärten die Organisatoren ausdrücklich, dass die Veranstaltung ein Treffen von politischen Intellektuellen sei, deren Gegnerschaft nicht nur dem aktuellen sowjetischen Totalitarismus galt, sondern die jede »totalitäre Diktatur kompromisslos ablehnen«.³⁵⁰ Darauf insistierte bereits der Generalsekretär des Kongresses für kulturelle Freiheit und Chefredakteur des *Monat*, Melvin J. Lasky, in einem am 24. Juni 1950 veröffentlichten Beitrag in der Berliner Zeitung *Tagesspiegel*, wo er daraufhinwies, dass es sich um eine Kundgebung handeln würde, die sich gegen »den Totalitarismus jeder Färbung und Spielart« richtet.³⁵¹ Insofern gingen auch einige Beteiligte in ihren Referaten einerseits auf die Geschichte des »Dritten Reiches« ein und zogen andererseits Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Dass der Vergleich der beiden totalitären Herrschaftsregime durchaus im Fokus des Interesses des Kongresses stand, stellte vor allem angesichts der Tatsache, dass es sich bei einigen Beteiligten um ausgewiesene »Experten« handelte, sicherlich keine Überraschung dar. Hierbei handelte es sich um Personen, die in den zurückliegenden Jahren ausdrücklich für totalitarismustheoretische Studien (Borkenau/Burnham)³⁵² verantwortlich zeichneten beziehungsweise für die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs eine zentrale Bedeutung hatten. Neben Aron und Kohn³⁵³ zählte hierzu Löwenthal. Zudem war durch die Anwesenheit der zahlreichen ehemaligen Kommunisten der explizite und implizite Vergleich der beiden totalitären Regime gewissermaßen vorprogrammiert. Einerseits, weil sie unter dem Eindruck der sowjetischen Terrorpolitik in den 1930er-Jahren wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen dem »roten« und dem »braunen Faschismus« erkannten, und andererseits durch ihre veröffentlichten autobiografischen Renegatenberichte, die bekanntlich erste Detailspekte in den Herrschaftsmechanismus des Stalinismus ermöglichten, in der Regel einen Vergleich zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem sowjetischen Kommunismus anvisierten und die mithin aus guten Gründen als Totalitarismustheorie in nuce kategorisiert wurden.³⁵⁴

Auch wenn sich die entsprechenden Teilnehmer in ihren Vergleichen nicht ausdrücklich auf eine der diversen Totalitarismuskonzeptionen beriefen, kann gleichwohl konzediert werden, dass »die« Totalitarismustheorie implizit den analytischen Rahmen lieferte, um ein für die Beteiligten neuen Herrschaftstypus zu beschreiben, der sich nach dem Ersten Weltkrieg in Europa konstituierte und mit den traditionellen Begriffen wie »Tyrannis« oder »Despotie« nicht mehr hinreichend erklärt werden konnte. Als totalitäre Herrschaftsregime wurden auf dem Kongress primär der sowjetische Kommunismus in seiner stalinistischen Spielart und der deutsche Nationalsozialismus apostrophiert³⁵⁵ sowie in einzelnen Fällen der italienische Faschismus. Die Gemeinsamkeiten zwischen dem Sowjetkommunismus, dem Nationalsozialis-

350 *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 340.

351 Hier zit. n. Melvin J. Lasky, *Die Antwort des Westens*, in: Ebd., S. 479.

352 Siehe hierzu bes. das Kap. II.3.2.

353 Allerdings muss hier angemerkt werden, dass Aron und Kohn nicht persönlich auf dem Berliner Kongress anwesend waren, sondern zu dem Personenkreis zählten, die in »Begrüßungstelegrammen« ihre Zustimmung zum Kongress zum Ausdruck brachten; siehe *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 478.

354 Siehe die entsprechenden Ausführungen im Einleitungskapitel und bes. Kap. II.3.3.

355 So die Feststellung von Elliot Cohen auf S. 424 in seinem Beitrag *Der Freie Bürger in Amerika* (*Der Monat* 2 [1950], H. 22/23, S. 424–429).

mus und dem italienischen Faschismus wurden zuallererst darin gesehen, dass es sich hierbei um genuine antidemokratische Regime handelte. So stellte beispielsweise bereits Silone in seiner Kongressansprache einen Vergleich zwischen dem Nationalsozialismus und dem Faschismus an. Mit Blick auf den »unterirdischen Widerstandskampf« und auf die »große Zahl« von Opfern, die der Kampf gegen die sogenannte deutsche »Tyrannei« kostete, unterschied sich seiner Auffassung nach der deutsche Nationalsozialismus von anderen »faschistischen Bewegungen« durch das »Übermaß an Grausamkeiten und nihilistischem Wahn«. ³⁵⁶ David Rousset wiederum wies in seinem Beitrag unter anderem darauf hin, dass sowohl für den deutschen Nationalsozialismus als auch für den sowjetischen Kommunismus das System der Konzentrationslager konstitutiv war. ³⁵⁷

Mit Blick auf den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus ging es allerdings auf dem Berliner Kongress nicht um eine grundsätzliche vergleichende Analyse der totalitären Herrschaftssysteme. Der Scheinwerfer wurde vielmehr auf die allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Machteroberung der beiden Massenbewegungen und auf die politischen Implikationen der westlichen »Appeasementpolitik« gegenüber den beiden Regimen gerichtet. Löwenthal und Aron beleuchteten in ihren Referaten diesen Themenkomplex, die beide auf der vierten Arbeitssitzung (»Verteidigung von Frieden und Freiheit«) vorgetragen wurden. ³⁵⁸

So war Löwenthal in seinem Referat »Die Freiheit und der Konflikt der Weltmächte« der grundsätzlichen Auffassung, dass die totalitären Herrschaftsregime nur vor dem Hintergrund der »westlichen Krise« verstanden werden konnten. Die im 19. Jahrhundert unter anderem durch »den Kapitalismus« und »den Nationalstaat« geschaffenen sogenannten Probleme der westlichen Gesellschaften bildeten die allgemeinen Voraussetzungen für den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus. Für ihn suchten nämlich seitdem die »westlichen Gesellschaften« nach »neuen Formen staatlicher Wirtschaftsplanung«, die alle das Ziel hatten, eine »größere wirtschaftliche und soziale Sicherheit mit der Bewahrung der individuellen Freiheit zu vereinen«. Es waren unter anderem diese Probleme, die für den zeitgenössischen Sowjetkommunismus mitverantwortlich waren, aber auch für die zurückliegende »geschichtliche Krise«, so Löwenthal, bei der es »um Leben und Tod ging, eine Krise, die zwei Weltkriege, die beispiellose Weltwirtschaftskrise von 1929 und den Ausbruch des Nationalsozialismus einschloß«. ³⁵⁹

356 Ebd., S. 344.

357 Vgl. David Rousset, Lasst uns die Freiheit verwirklichen!, in: Ebd., S. 422–424. Angesichts der deutschen Lager sowie der zeitgenössischen Konzentrationslager in der Sowjetunion und den rechtsgerichteten Regimen in Griechenland und Spanien hob Rousset in seinem Kongressreferat sein eigentliches politisches Anliegen hervor: »Man kann heute nicht mehr von dem Problem der kulturellen Freiheit reden, ohne gleichzeitig auf die Frage des »*univers concentrationnaire*« einzugehen. Wir haben eine internationale Untersuchungskommission gegründet, die im Herbst dieses Jahres ihre erste Tagung abhalten wird. Als frühere politische Häftlinge haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, alle Konzentrationslager, wo immer sie sich befinden mögen, zu verdammen. Auf keinen Fall sollen irgendwelche Lager mit Schweigen übergangen werden, nur weil sie sich vielleicht in einem Land befinden, mit dessen System die eine oder andere Gruppe unter uns sympathisiert« (S. 422 f.).

358 Da Aron nicht persönlich anwesend war, wurde sein Referat vorgelesen.

359 Richard Löwenthal, Die Freiheit und der Konflikt der Weltmächte, in: Der Monat 2 (1950), H. 22/23, S. 442–448, hier S. 443 f.

Für Aron stand mit Blick auf den Nationalsozialismus fest, dass die in den 1930er-Jahren in den westlichen Staaten in weiten Kreisen grassierende »pazifistische Propaganda« eine »ganz andere Wirkung« gehabt hatte, als es ihre »Betreiber erwarteten, nämlich den Ausbruch des letzten Krieges zu beschleunigen, statt ihn zu verhindern«. Allerdings wäre es zur »Rettung des Friedens« notwendig gewesen, so Aron, entweder Hitler zu beseitigen, bevor er »genügend Macht« besaß, einen militärischen Konflikt vom Zaun zu brechen, oder man hätte »ständig eine strategisch-politische Situation« aufrechterhalten müssen, die ihm »jede Aussicht auf Erfolg« genommen hätte. Was allerdings danach geschah, war Aron zufolge bekannt:

Als die französische Regierung den Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland zuließ, verlor sie jede Möglichkeit, in Mittel- und Osteuropa direkt einzugreifen. Es blieb ihr kein anderer Ausweg, die kleinen, dem Dritten Reich benachbarten Staaten zu schützen, als Hitler mit einem neuen Weltkrieg zu drohen. Wie sich 1938 zeigte, war die Drohung wenig überzeugend; wie sich im September 1939 zeigte, war sie in ihrer Wirkung unzulänglich. Hitler zweifelte, im Gefühl der Stärke, die ihm eine vorzeitige Mobilmachung verliehen hatte, nicht daran, daß er auf dem Kontinent großartige Erfolge erringen würde; und er täuschte sich nicht. Er vertraute diesen Anfangserfolgen – und mehr noch seinem Stern. Wie sollte er auch – in der Gewißheit, seinen Einsatz verdoppeln zu können – der Versuchung widerstehen?³⁶⁰

Angesichts der Erfahrungen mit der »Appeasementpolitik« in den 1930er-Jahren, die in den Augen Arons nicht nur die außenpolitischen Erfolge Hitlers, sondern auch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs heraufbeschwor, schien es ihm mit Blick auf die bestehende politische Situation und die sowjetische Außenpolitik fatal, wenn die westlichen Staaten den gleichen Fehler nochmals begehen würden. Seiner Meinung nach musste das Ziel darin bestehen, einen »Zustand aufrechtzuerhalten, der Stalin niemals in Versuchung geraten läßt, eine offene direkte Aggression zu wagen«³⁶¹. Da für Aron sowohl die stalinsche als auch die hitlersche Außenpolitik auf Expansion angelegt war, stellte er in diesem Zusammenhang einen Vergleich der beiden »totalitären Führer« an. Für ihn stand fest: »Stalins Ehrgeiz ist ebenso unersättlich wie der Hitlers, aber Stalin ist geduldiger. [...] Stalin weiß sehr wohl, daß auch er – genau wie Hitler – nach außerordentlichen Anfangserfolgen der Gefangene seiner Eroberungen sein würde.«³⁶²

Die bereits für die Zeitschrift *Der Monat* beschriebene »Reorientation-Funktion« zeigte sich auch beim Berliner Kongress. So setzte man sich auch und vor allem in den sogenannten Rahmenveranstaltungen (hierbei handelte es sich um Veranstaltungen, die außerhalb der Kongresssitzungen stattfanden) mit dem Thema der nationalsozialistischen Vergangenheitsbewältigung auseinander. Eine von den Kongressorganisatoren in Verbindung mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit initiierte Gesprächsrunde widmete sich etwa angesichts der nationalsozialistischen Gewalt dem Thema »Die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden – gestern, heute

360 Raymond Aron, Zwischen dem begrenzten und dem totalen Krieg, in: *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 455–462, hier S. 456.

361 Ebd., S. 457.

362 Ebd., S. 458.

und morgen«, auf der unter anderen Norbert Mühlen, Elliot Cohen,³⁶³ Franz Joseph Schöningh und Hermann Kesten auftraten. Kesten beispielsweise fand breite Zustimmung für seine Feststellung, dass es in Deutschland eine weit verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber den Verbrechen an den Juden gäbe; eine »deutsche Kollektivschuld« lehnte er indes ab. In der Gesprächsrunde »Deutschland und das Ausland« trat Willy Brandt als einer der Hauptredner auf. Für großes Aufsehen sorgte hierbei die Passage des sozialdemokratischen Politikers, in der er forderte, dass man einerseits eine deutsche Schuld angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen akzeptieren müsse, allerdings andererseits verlangte, dass sich die westlichen Staaten zu ihrer Mitverantwortung an den Ereignissen während der nationalsozialistischen Herrschaft bekennen müssen. Und in der unter dem Vorsitz von Borkenau geleiteten Gesprächsrunde über »Adolf Hitler und sein Reich« lieferte Neumanns Vortrag eine historische Analyse über die Allgemeinen und die »besonderen deutschen Tendenzen zum Totalitarismus, namentlich unter soziologischen Aspekten«.³⁶⁴

Die Berliner Veranstaltung endete damit, dass die Teilnehmer sich dazu entschlossen, den »Kongreß für kulturelle Freiheit« zu einer dauerhaften Organisation werden zu lassen, woraufhin aus ihren Reihen ein aus fünf Personen (Ignazio Silone, Arthur Koestler, David Rousset, Carlo Schmid und Irving Brown) bestehendes Exekutivkomitee ins Leben gerufen wurde.³⁶⁵ Die Abschlusskundgebung vom 30. Juni im Sommergarten am Westberliner Funkturm sollte einer breiteren Öffentlichkeit etwas von dem »Geist« und den konkreten Ergebnissen des Kongresses vermitteln und versammelte annähernd 15 000 Zuhörer. Nachdem Eugen Kogon, David Rousset, Julian Amery, Ignazio Silone, Boris Nicolajewski, Carlo Schmid, Germán Arciniegas und Irving Brown zum Thema »Freie Kultur in einer freien Welt« sprachen, verlas Lasky die beiden Schlussdeklarationen des Kongresses. In der ersten hatten die Teilnehmer eine »Botschaft an die Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler hinter dem Eisernen Vorhang« verfasst, in der ausdrücklich hervorgehoben wurde: »Wir sind von der tiefen Überzeugung durchdrungen, daß das Problem der Freiheit der heute von der stalinschen Diktatur versklavten Völker und das Problem der Sicherung der Freiheit und des Friedens in der ganzen Welt untrennbar miteinander verbunden sind.«³⁶⁶ Mit dieser Position brachten die Teilnehmer den für den Berliner Kongress bestimmenden moralischen Antikommunismus zum Ausdruck. Um allerdings der antitotalitären Grundausrichtung sozusagen offiziell gerecht zu werden, wurde noch die »Botschaft an Spanien« hinzugefügt, in der die Kongressteilnehmer ihre »uneingeschränkte Soli-

363 Die Ansprache des amerikanischen Publizisten für den Diskussionsabend wurde wenige Monate später im *Monat* veröffentlicht. Siehe Elliot Cohen, *Deutsche und Juden. Eine Rede in Berlin*, in: *Der Monat* 3 (1951), H. 28, S. 375–379.

364 Vgl. im Einzelnen: *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 473–475 (Zitat auf S. 474 f.).

365 Siehe zur weiteren Geschichte detailliert Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 265–576. An dieser Stelle genügt der Hinweis, dass auf der Anschlussstagung in Brüssel vom 27. bis zum 30. November 1950 nicht nur das Ehrenpräsidium bestätigt, sondern das sogenannte erweiterte Exekutivkomitee gebildet wurde, dem laut Hochgeschwender (S. 270, Anm. 17) Irving Brown, Arthur Koestler, Eugen Kogon oder Carlo Schmid, Denis de Rougement, David Rousset, Ignazio Silone und der in Berlin nicht anwesende Manès Sperber als Vollmitglieder sowie Raymond Aron, Georges Altman, Nicola Chiaromonte und T. R. Fyvel als Stellvertreter angehörten. Als Präsident des Exekutivkomitees fungierte de Rougement.

366 *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 481.

darität im Kampf gegen die totalitäre Diktatur in Spanien und für die Freiheit des spanischen Volkes« erklärten und die Hoffnung aussprachen, dass Spanien bald wieder seinen Platz »in der internationalen Gemeinschaft des kulturellen Lebens einnehmen wird.«³⁶⁷ Den Schlusspunkt der Berliner Veranstaltung setzte Koestler. Nachdem er das 14 Punkte umfassende Manifest verkündete,³⁶⁸ beschloss er den Kongress demonstrativ und programmatisch mit den fast pathetisch klingenden Worten: »Freunde, die Freiheit hat die Offensive ergriffen!«³⁶⁹

Für die Organisatoren wurde der Berliner Kongress ein voller Erfolg in der propagandistischen und ideologischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Weltfriedensbewegung. Die nationale und westeuropäische sowie amerikanische Presse berichteten überwiegend positiv über die Veranstaltung, während auf der anderen Seite des Vorhanges die ostdeutsche und sowjetische Presse nicht überraschend eine vehemente politisch-polemische Kritik übten.³⁷⁰ Dagegen kam die Kritik der britischen Delegation unerwartet, wobei Trevor-Roper sein Unbehagen am schärfsten zum Ausdruck brachte. In einem am 10. Juli 1950 im *Manchester Guardian* erschienenen Artikel über den Kongress wehrte er sich zum einen vehement gegenüber dem Verbalradikalismus von Koestler und dessen undifferenzierten, agitatorischen und polemischen Argumentation; andererseits bestürzte ihn der Beifall, den eine Rede von Borkenau bei den deutschen Zuhörern hervorgerufen hatte. »Diese fanatische Rede«, so Trevor-Roper, »war weniger erschreckend als der hysterische deutsche Applaus, der sie begrüßte. Es war ein Echo von Hitlers Nürnberg ... Die deutschen Nationalisten im Publikum waren antirussisch, vielleicht einstmals nationalsozialistisch und *hysterisch* mit einer *Grenz-Hysterie*.«³⁷¹ Zudem war der britische Historiker mit Blick auf den Berliner Kongress der Auffassung, dass es sich hierbei um ein »umgekehrtes Breslau« gehandelt hatte, folglich um eine »reine Propagandaveranstaltung, wenn auch diesmal unter antikommunistischen Vorzeichen.«³⁷²

Trotz dieser kritischen Reaktion aus dem »eigenen« Lager existierte allerdings noch ein weiteres Problem, das von grundsätzlicher Natur war und nicht nur für den Berliner »Kongreß für kulturelle Freiheit« von Bedeutung war, sondern auch die von der gleichnamigen Institution veranstalteten Folgekongresse in den nächsten Jahren betraf. Mit Blick auf die beanspruchte antitotalitäre Grundausrichtung des Kongresses in seiner frühen Phase, die den Zeitraum bis Mitte der 1950er-Jahre umfasste, stellte nämlich Hochgeschwender fest, dass der von ihm propagierte »Antitotalitarismus vornehmlich als Antikommunismus verstanden wurde«. Insofern besaß der herrschaftskritische Terminus zweifelsohne eine Schlagseite und hatte einen instrumentellen Charakter. »Als antitotalitäres Feigenblatt«, so Hochgeschwender,

diente im Normalfall eine zurückhaltende Kritik am franquistischen Spanien, und sogar diese mußte von Salvador de Madariaga gelegentlich eigens angemahnt werden. [...] Der klassische Antitotalitarismus der »New York Intellectuals« lief somit unversehens

367 Ebd.

368 Siehe im Einzelnen: Ebd., S. 482 f.

369 *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 472.

370 Siehe im Einzelnen das *Presse-Echo*, in: *Der Monat* 2 (1950), H. 22/23, S. 484–495.

371 Zit. n. ebd., S. 491.

372 Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 246.

Gefahr, zu einem nur noch instrumentell verstandenen, praktisch aber zunehmend il-liberal werdenden Faktor des breiten antikommunistischen Konsenses der westlichen Gesellschaften zu werden [...]. Die bloß antikommunistisch-polemisch begründete neue Sichtweise der Weltlage lief, entgegen der im Rückblick etwa von Manès Sperber versuchten Rechtfertigungen, darauf hinaus, ähnlich dualistisch-manichäische Züge zu entwickeln, wie sie für das Denken der linksintellektuellen »fellow-travellers« der dreißiger Jahre kennzeichnend gewesen waren.³⁷³

6. Historische Zäsuren des *Monat*

Der *Monat* wurde nicht als eine internationale kulturpolitische Zeitschrift konzipiert, mit der beabsichtigt wurde, insbesondere auf unmittelbare tagespolitische Ereignisse einzugehen. Gleichwohl kam das Organ nicht umhin, aufgrund seiner speziellen Funktion im Kalten Krieg bestimmte zeitgenössische politische (Tages-)Geschehnisse zu thematisieren. Das betraf sowohl aktuelle Ereignisse in den westlichen Staaten und speziell in Westdeutschland als auch in den östlichen Staaten. Da indes der *Monat* nicht zuletzt ein Instrument der US-amerikanischen Außenpolitik in der politischen und propagandistisch-ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion war, waren in erster Linie aktuelle Ereignisse im sowjetischen Herrschaftssystem einschließlich der osteuropäischen Satellitenstaaten von einem grundsätzlichen Interesse für die Zeitschriftenredaktion um den Lasky. Infolgedessen gab es immer wieder einzelne historisch-politische Ereignisse im Stalinismus und im Nachstalinismus, auf die im *Monat* eingegangen wurde, zumal dann, wenn sie von grundsätzlicher Bedeutung für das sowjetische Herrschaftssystem einschließlich seiner Satellitenstaaten waren.³⁷⁴

Allerdings gab in diesem Zusammenhang bestimmte Ereignisse, die für den *Monat* eine historische Zäsur darstellten. Im Hinblick auf den für die vorliegende Arbeit als Grundlage dienenden Untersuchungszeitraum, der an die Jahre der Herausgeberschaft Laskys (1948 bis 1960) geknüpft ist, lassen sich vier Ereignisse finden, die eine historische Zäsur verkörperten.³⁷⁵ Hierbei handelt es sich um den Tod Stalins im März 1953, den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, die sogenannte Geheimrede Nikita Chruschtschows im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU sowie den Volks-

373 Ebd., S. 254 f.

374 Exemplarisch sei hierfür der überraschende Sturz des Vizepräsidenten des Politbüros der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Milovan Djilas, genannt, der als potenzieller Nachfolger von Tito galt. Djilas verlor aufgrund seiner Kritik am jugoslawischen Kommunismus 1954 seine Ämter, wurde aus der Partei ausgeschlossen und zu einer 18-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt; siehe hierzu bes. Ernst Halperin, Brief aus Belgrad: L’Affaire Djilas. Bericht über einen Ketzerprozeß, in: Der Monat 6 (1954), H. 66, S. 593–604.

375 Für die 1960er-Jahre können keine vergleichbaren Zäsuren ausgemacht werden. Gleichwohl gab es politische Ereignisse wie zum Beispiel die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 oder die Auslösung der »Kuba-Krise« im Oktober 1962, wo die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in Kuba in einen offenen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR zu eskalieren drohte, die auch für den *Monat* eine zentrale Bedeutung hatten. Allerdings stellten sie keine Zäsur dar. Dasselbe gilt auch für die (internationale) Protestbewegung gegen den amerikanischen Vietnamkrieg im Laufe der späten 1960er-Jahre sowie die sogenannte Studentenrevolte 1967/68.